

Die Furcht vor der Schuldenlawine

Ifo-Institut-Chef Sinn befürchtet, dass die EU-Staaten immer mehr Schulden machen. Experten aus unserer Region sehen das ähnlich.

Unser Leser Dirk Volkman aus Königslutter fragt:

Der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo, Hans-Werner Sinn, warnt die Euroländer vor einer nicht mehr zu stoppenden Schuldenlawine. Wie ist die Aussage von Herrn Sinn zu bewerten?

Die Antwort recherchierte **Daniel Freudenreich**

Braunschweig. Die europäische Schuldenkrise ist überwunden. Zumindest mehr oder weniger. Solch wohlklingende Kunde hört man von vielen Politikern in der EU seit geraumer Zeit. Zugleich werden die Forderungen nach einer Abkehr der Sparpolitik in Europa immer massiver. Vor allem die hoch verschuldeten Staaten Italien und Spanien würden die von Kanzlerin Angela Merkel so gern bemühte Politik der schwäbische Hausfrau am liebsten zum Teufel jagen.

Nicht umsonst ist der Chef des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, nun alarmiert nach vorn gesprochen. Er befürchtet, dass das wahre Ausmaß der Schuldenkrise verschleierte wird. „Die Anleihezinsen der überschuldeten Staaten in der Euro-Zone sind dramatisch gefallen. Doch ein Grund zur Freude ist das nicht, denn nun lässt sich die Schuldenlawine überhaupt nicht mehr stoppen“, prophezeit Sinn im Gastbeitrag für die „Wirtschaftswoche“.

Der Ifo-Chef steht mit seinen Bedenken nicht allein. „Die Gefahr ist sehr hoch geworden, dass die Schuldendämme einbrechen. Gerade nach den Ereignissen der vergangenen Monate“, sagt auch Mathias Erlei, Professor für Volkswirtschaft an der TU Clausthal. Mit Gewissheit lasse sich dies aber nicht sagen. Sinns und Erleis Sorgen kommen nicht von ungefähr, wie unser Überblick über diverse Haushaltstricksereien und Attacken auf den Stabilitätspakt zeigen.

Die Ausgangslage

Im Kampf gegen die Eurokrise haben die EU-Staaten seinerzeit die Rettungspakete beschlossen. Im Gegenzug dafür setzte die Bundesregierung den Fiskalpakt mit Schuldenbremsen durch. Die Krisenländer mussten sich verpflichten, ihre Schulden jährlich um einen bestimmten Betrag zu senken, bis die Schuldenquote bei 60 Prozent liegt. Daneben gilt offiziell weiterhin die Vorgabe, dass das Defizit eines Staates nicht über 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen darf. Doch diese Regeln drohen zunehmend aufgebrochen zu werden.

Nun lag die Defizitquote im gesamten Euroraum 2013 exakt bei 3,0 Prozent – nach 3,7, 4,1 und 6,2 Prozent in den Vorjahren. Dies

geht aus Zahlen der Statistikbehörde Eurostat hervor. Das klingt zunächst einmal positiv. Doch jedes Defizit – wenn auch noch so gering – erhöht unter dem Strich die Gesamtschulden. Folgerichtig sind die Schulden im Euroraum zwischen 2010 und 2013 weiter gestiegen – und zwar von 7,85 Billionen Euro auf 8,89 Billionen Euro.

Niedrigzinsen für Anleihen

Damit zu Sinns Bedenken und den billigen Staatsanleihen: Noch vor zwei Jahren war es für Krisenstaaten praktisch unmöglich, Geld auf dem freien Markt zu leihen. Griechenland etwa musste an die 40 Prozent Zinsen für eine zehnjährige Staatsanleihe berappen. Vor einigen Wochen platzierte Hellas erstmals wieder eine Anleihe. Die Zinsen liegen nur bei 4,75 Prozent – und die Investoren haben sich darum gerissen.

Was ist passiert? Zahlreiche Ökonomen machen dafür nicht etwa eine wirtschaftliche Erholung des Landes verantwortlich, sondern den Chef der Europäischen Zentralbank (EZB). Mario Draghi hatte vor zwei Jahren signalisiert, den Euro um jeden Preis retten zu wollen. Damit ist auch die Furcht von Geldgebern vor einer Staatspleite gesunken. „Mit Draghis Eurogarantie haben nun auch die Kreditgeber den Anreiz, unbegrenzt Kredite zu gewähren“, sagt Erlei. „Sie wissen, im Notfall springt die EZB oder der Steuerzahler in die Bresche.“

Billige Staatsanleihen – also billiges Geld – haben demnach eine fatale Folge. Anstatt ihre Haushalte zu sanieren, verleiten sie Krisenstaaten dazu, mehr Schulden aufzutürmen. „Die Sparanstrengungen Griechenlands sind ohnehin schon an der untersten Grenze dessen, was finanztechnisch akzeptabel ist“, so Erlei. Wenn nun der Druck von außen nachlasse – etwa durch billigere Kredite –, werde die Haushaltsdisziplin schnell ad acta gelegt.

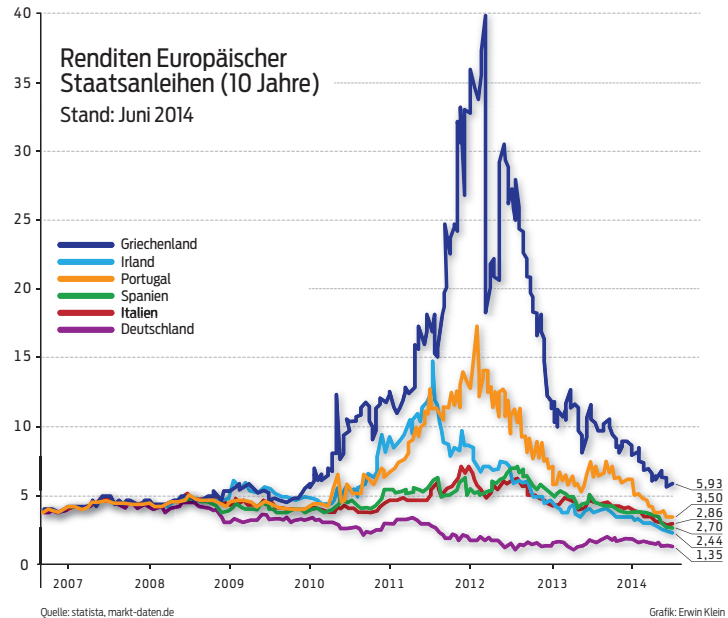
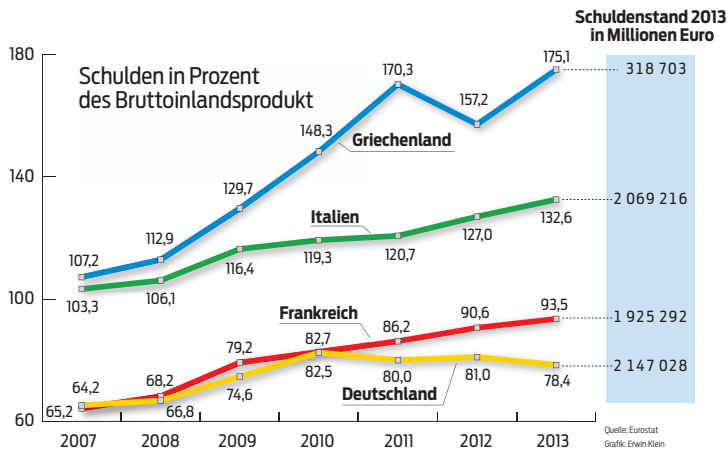
Tricks bei der Berechnung von Staatsschulden

Sinn kritisiert zudem, wie heute bei der Berechnung von Staatsschulden getrickt wird. Sein Fazit: „Schon seit längerem wird rund um die Schuldenfrage manipuliert.“ Beispiel Griechenland: Im April verkündete die EU-Kommission, Hellas habe erstmals seit Jahren einen Primärüberschuss im Haushalt von



„Schon seit längerem wird rund um die Schuldenfrage manipuliert.“

Hans-Werner Sinn, Leiter des Ifo-Instituts



Die Grafiken zeigen die Entwicklung des Schuldenstands europäischer Länder sowie der Renditen von Staatsanleihen.

0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erzielt. Darunter versteht man grundsätzlich den Überschuss, den ein Land erzielt, wobei Zinszahlungen nicht einberechnet sind. Das klingt gut, ist aber heikel: Denn wenn bei einem Land die Zinsausgaben höher sind als der Primärüberschuss, dann häuft es unter dem Strich noch mehr Schulden an.

Im Falle Griechenlands kam eine Besonderheit hinzu. Hier flossen auch Ausgaben und Einnahmen in die Berechnung nicht ein, die auf die Reformauflagen der Troika zurückgingen. Andernfalls hätte Griechenland ein Primärdefizit von 8,7 Prozent erzielt, wie Eurostat berechnet.

„Man lügt sich in die Tasche und streut den Leuten durch Neudefinitionen Sand in die Augen“, kritisiert Erlei. „Ich habe das Gefühl, dass Rechentricks überhandnehmen. Damit löst man das

Problem der Staatsverschuldung jedenfalls nicht.“ Noch drastischer fällt das Urteil von **Dietrich von der Oelsnitz** aus. „Im Falle von Griechenland wird die desaströse wirtschaftliche Realität wegdefiniert“, sagt der **Professor an der TU Braunschweig**. Man attestiere dem Land Reformfolge, damit automatisch die nächste Zahlung erfolgen könne. „Das ist die Vorstufe zu einem ideologischen System, einem selbstnährenden Zirkel“, sagt von der Oelsnitz. Der Ehrliche und Solide sei dabei der Dumme, denn er werde im Schadensfall kollektiv für das Fehlverhalten anderer haften.

Ein anderer Trick besteht darin, konjunkturelle Effekte aus einem Haushaltsdefizit herauszurechnen. Wozu dies führen kann, zeigt sich am Beispiel Portugal. Eigentlich hatten die Statistiker 2013 dort ein Defizit von 5 Prozent des BIP berechnet. Bereinigt

um Zinsausgaben und konjunkturelle Effekte wurde daraus ein Überschuss von 1,1 Prozent.

Aushöhlung des Stabilitätspakts

Wie bereits erwähnt, darf kein EU-Land – jedenfalls auf dem Papier – ein Haushaltsdefizit von mehr als 3 Prozent des BIP vorweisen. Andernfalls drohen Sanktionen. Nun hat die EU-Kommission schon heute viel Spielraum bei der Bewertung der Zahlen der Staatshaushalte. Reißt ein Staat die 3-Prozent-Grenze und verletzt damit den Stabilitätspakt, kann sie bestimmte Punkte für ein gnädiges Urteil strafmildernd berücksichtigen. Beispielsweise, wenn eine schwere Rezession zur Haushaltsschiefelage geführt hat.

Frankreich und Italien wollen nun einen Schritt weitergehen. Der italienische Regierungschef Matteo Renzi macht sich seit längerem dafür stark, den Pakt fle-

xibler zu handhaben, um Investitionen und Wachstum zu fördern. So gab es zunächst Überlegungen, Konjunkturprogramme sowie Investitionen in Infrastruktur und Forschung bei der Berechnung des Staatsdefizits ausen vorzulassen. Zuletzt forderte Renzi, Ausgaben für die digitale Infrastruktur aus den Berechnungen zu streichen.

Dann hätte Italien mehr Zeit auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Budget. Rom hält die Neuverschuldungsgrenze des Paktes von 3 Prozent der Wirtschaftsleistung bereits seit 2012 ein. Problematisch ist jedoch der hohe Schuldenstand, der zuletzt bei über 130 Prozent des Bruttoinlandsproduktes lag, erlaubt sind 60 Prozent.

Mit seinem Vorstoß löste Renzi auf dem Treffen der EU-Finanzminister kürzlich allergische Reaktionen bei Deutschlands oberstem Kassenwart Wolfgang Schäuble aus. Der CDU-Politiker forderte in deutlichen Worten, die Debatte um den Euro-Stabilitätspakt zu beenden. „Sie ist eine falsche Debatte.“

Und doch dürfte sie weitergehen. „Frankreich und Italien verabschieden sich vom Stabilitätspakt“, befürchtet Erlei, der von veränderten Defizit-Berechnungen nichts hält. „Das bedeutet, dass man die Bürger der EU systematisch bei den Staatsausgaben täuscht“, sagt der Volkswirtschaftsexperte der TU Clausthal. Man gäuke ihnen vor, es würde eine stabilere Haushaltspolitik gemacht als in den vergangenen Jahren. „Tatsächlich aber ist das ein Freifahrtschein zum Schuldenmachen“, sagt Erlei. „Für mich sind die Politiker, die solche Forderungen erheben, die Leute, die den Euro eigentlich gefährden.“

Wegdefinieren von Staatsausgaben

Daneben gibt es Überlegungen, auch Ausgaben für Bildung, Forschung und Militär bei den Staatsausgaben nicht mehr mitzurechnen. „Bei Bildungsausgaben kann ich das noch ansatzweise verstehen“, sagt von der Oelsnitz, der jedoch einen Dammbuch befürchtet. Wenn Politiker eine Tür aufmachen, dann öffnen sie auch weitere. Investitionen in die digitale Infrastruktur – wie von Renzi vorgeschlagen – wäre die dritte, und so weiter. Damit kann man am Ende jede Staatsausgabe wegdefinieren.“

Von der Oelsnitz sieht noch ein weiteres Grundproblem. Jeder Staat verstehe etwas anderes unter der EU: „Für Deutschland ist sie ein vertragliches Regelsystem, für die Engländer eine Freihandelszone, für die Franzosen eine zentrale Planungsbehörde und für Italien ein Geldtopf, in den man beliebig reinfallen kann.“ Man muss eben immer nur einen finden, der den Topf wieder füllt. „Insofern ist es wichtig, dass es noch Ökonomen wie Sinn gibt, die auf die Euro-Gefahren deutlich hinweisen“, sagt von der Oelsnitz.